

- Studierendenparlament -

Wahlperiode 2024/2025

9. Juli 2024

Unterrichtung durch das Präsidium des Studierendenparlamentes

Der Hauptausschuss hat in seiner Sitzung am 08. Juli 2024 auf Grundlage eines Sachantrags auf Vorlage 2425/24 (vgl. Protokoll auf Vorlage 2425/28) ausgesprochen, die folgenden Änderungen als Vorschläge in der Parlamentssitzung zu diskutieren (inhaltliche Änderungen sind grau hinterlegt, zusätzlich wurde die Struktur verändert):

Kampagne: Für den Ausbau des Studierendenwerks – statt Umverteilung von unten nach oben!

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Petition

Das Studierendenparlament beauftragt den AstA in Zusammenarbeit mit Aktiven des Studierendenwerks, in Fachschaftsräten und in der LandesASTenKonferenz die Kampagne zur Ausfinanzierung des Studierendenwerks aufzugreifen und zu intensivieren.

Die wesentlichen Entwicklungsziele der Kampagne bilden dabei:

- Ausbau der Wohnheimplätze (Wohnraum in öffentlicher Hand)
- Erschwingliche Mieten (beispielgebend)
- Günstige Mensapreise, verlängerte Öffnungszeiten der Mensen (Erschwingliche Lebensmittel, Revitalisierung des gemeinschaftlich demokratischen Lebens)
- Streichung des Semesterbeitrags (soziale offene Bildung – öffentliche Finanzierung von öffentlichen Angelegenheiten)

Dem Studierendenwerk Hamburg stehen eine deutliche Kürzung im Vergleich zu den Vorjahren ins Haus. Während Milliarden in die Rüstungsindustrie gepumpt werden sollen, und Milliarden unbescholten bleiben, wird versucht, den Studierenden weiter in die Tasche zu greifen und die Krisenkosten nach unten umzuverteilen. Die Kürzungen sollen durch die Steigerung des Semesterbeitrags um 16 Euro, die Anhebung der Mensa-Preise um etwa 6 Prozent und Mieterhöhungen von etwa 36 Euro pro Monat von den Studierenden bezahlt werden. Also, den armen und prekär lebenden Studierenden in die Tasche greifen, oder: Ein gesellschaftlich hoch schädliches Unterfangen – dagegen ist eine soziale Wende nötig und hervorzubringen.

Die Ausrede, es sei kein Geld da, gilt nicht. Schon die Tatsache, dass die Staatsrätin der Wissenschaftsbehörde, Eva Gümbel, doch – entgegen der Apologetik, alle müssten nun den Gürtel enger schnallen – 1,2 Millionen Euro gefunden hat, könnte als Beleg hinreichen und muss als Ergebnis von studentischem Protest gewertet werden. Darüber hinaus ist der Tatsache Rechnung zu tragen, dass in Hamburg 50.000 Millionäre leben. Dass Bildung gesellschaftlich notwendige Arbeit ist, von der es mehr braucht, sollte zum Anlass genommen werden, den Konflikt darum zu führen, wer in dieser Gesellschaft tatsächlich auf wessen Kosten lebt.

Die Studierendenschaft Uni Hamburg kritisiert die absolut ungenügende Scheinerhöhung – aus den beschlossenen realen Kürzungen ist sofort die Konsequenz für die Initiative einer Kampagne zum Ausbau des Studierendenwerks zu ziehen.

Dass Studierende überhaupt aus eigener Tasche das Studierendenwerk finanzieren sollen, untergräbt das Ziel der Bildungsgerechtigkeit und schadet ebenso der Wissenschaft. Ziel einer Kampagne für die bedarfsgerechte Finanzierung des Studierendenwerks ist es erweiterte sozialstaatliche Maßstäbe zu bilden.

Begründung

„Was auch immer geschieht:

*Nie dürft ihr so tief sinken,
von dem Kakao, durch den man euch zieht,
auch noch zu trinken.“*

Erich Kästner, 1930